

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 32. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugangspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II
Fernsprecher: F 2 Jannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 9. August 1929

Ergebnisse der Wahl zum Erweiterten Vorstand.

Es wurden abgegeben:

Im Ostgau mit Ausnahme der Verwaltungsstellen jenseits des sogenannten Korridors und der Verwaltungsstelle Berlin: 978 gültige, 5 ungültige Stimmen. Davon erhielten Friedrich in Brandenburg 1, Breslau 276, Drossen 2, Glogau 5, Niesky 2, Plegnit 1, Oppeln 15, Spandau 4, Steitin 2, zusammen 309; Glomb in Brandenburg 39, Beelitz 4, Drossen 3, Görlitz 229, Grünberg 20, Rauban 12, Plegnit 24, Niesky 29, Potsdam 15, Rathenow 8, Spandau 21, Guben 3, Jossen 9, zusammen 416; Pappan in Beelitz 32, Brandenburg 2, Breslau 2, Drossen 26, Grefswald 12, Spandau 8, Stargard 18, Steitin 80, Stolp 18, Swinemünde 8, Zehdenitz 21, zusammen 222 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 474. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Friedrich und Glomb.

Im Ostgau, jenseits des Korridors: 145 gültige Stimmen. Davon erhielten: Döring in Danzig 39, in Königsberg 40, zusammen 79; Winkler in Allenstein 18, in Guttstadt 48, zusammen 66 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 73. Gewählt ist Döring.

Im Nordgau: 324 gültige, 6 ungültige Stimmen. Davon erhielt Rietmann in Bremen 57, Deinenhorst 14, Hamburg 73, Harburg 5, Jhehoe 9, Kiel 40, Kroatow 16, Lübeck 22, Lüneburg 13, Neumünster 20, Rostock 23, Schwerin 16, Wilhelmsbad 10, zusammen 324 Stimmen. Gewählt ist Rietmann.

Im Mitteldeutschen Gau: 807 gültige, 8 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Ebeling in Dessau 32, Magdeburg 79, Stendal 8, Zeig 6, Weihenfels 2, Eisenach 1, zusammen 128; Pfaffenort in Halle 11, Zeig 2, zusammen 13; Pohl in Göttingen 8, Jena 10, Kassel 144, Mühlhausen 3, Zeig 18, zusammen 183; Schneider in Allendorf 52, Altenburg 5, Apolda 5, Eisenach 20, Erfurt 8, Gera 45, Geraberg 237, Götting 29, Magdeburg 3, Wethenfels 5, zusammen 475 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 399. Gewählt ist Schneider.

Im Freistaat Sachsen: 903 gültige, 6 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Berthold in Bautzen 42, Dresden 211, Leipzig 2, Zittau 12, zusammen 267; Schulze in Chemnitz 249, Crimmitschau 20, Dresden 2, Geringswalde 13, Leipzig 3, Reichenbach 9, Werdau 3, Zwickau 62, zusammen 361; Steiner in Dresden 12, Leipzig 266, Werdau 6, zusammen 284 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 451. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Schulze und Steiner.

Im Gau Rheinland-Westfalen: 987 gültige, 4 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Honertamp in Barmen 12, in Bielefeld 1, in Düsseldorf 2, in Essen 54, in Hagen 44, in Hünfing 1, Köln 48, Krefeld 1, Osnabrück 1, zusammen 164; Kiefert in Aachen 27, in Barmen 17, in Bielefeld 2, Bochum 12, Dortmund 25, Düsseldorf 131, Essen 60, Gelsenkirchen 13, Hagen 3, Hünfing 61, Köln 80, Krefeld 26, Osnabrück 2, zusammen 480; Quallmann in Bielefeld 298, Köln 2, Osnabrück 31, zusammen 336 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 492. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Kiefert und Quallmann.

Im Gau Bayern: 989 gültige, 16 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Dreffel in Koburg 63, Nürnberg 3, zusammen 66; Neubauer in Ansbach 11, Erlangen 169, Nürnberg 326, zusammen 506; Wunderer in München 417 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 495. Gewählt ist Neubauer.

Im Südb.-Westgau: 1176 gültige, 5 ungültige Stimmen. Davon erhielten: Waier in Frankfurt 13, Heilberg 9, Mannheim 254, Stuttgart 4, zusammen 280; Schindler in Frankfurt 27, Göttingen 12, Neutlingen 16, Stuttgart 551, Ulm 162, zusammen 768; Weihenfels in Frankfurt 124, Stuttgart 4, zusammen 128 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 589. Gewählt ist Schindler.

Zehn Jahre deutsche Verfassung.

Am 11. August d. J. sind zehn Jahre verflossen seit dem Tage, an dem durch die Unterschrift des ersten deutschen Reichspräsidenten, unseres Kollegen Friedrich Ebert, die neue deutsche Reichsverfassung Gesetzeskraft erhielt. Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Weimar hatte sich die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes zur Demokratie

geäußert: „Ja, wir betennen uns zu diesem Staat rund und nett, nicht aus dem Grunde, weil dieser Staat unser Staat ist, nicht, weil er die Erfüllung unserer Hoffnungen ist, sondern weil dieser Staat im System und in seinen Einrichtungen himmelweit von dem verschiednen ist, was wir noch 1913/1914 kannten, und weil wir genau wissen: wenn wir diesen Staat mit seinen Einrichtungen nicht halten und stützen, wenn er zum Teufel geht, dann wird eine neue Staatsform auftauchen, die unendlich viel schlechter als die gegenwärtige sein wird. Wir sehen die Dinge ganz kalt und nüchtern und sind der Auffassung, daß man einen Kampfzettel nicht preisgibt, auf dem sich besser sieht, als auf einem früheren schlechteren, wenn man im Augenblick nichts Besseres hat. In einigen Ländern sind Experimente gemacht worden auch in bezug auf eine gewalttätige Aenderung der Wirtschaft und eine Aenderung der Staatsform mit Ergebnissen, die wahrhaftig zur Nachseuferei nicht anspornen.“

Die Feinde der Republik haben in den verflossenen zehn Jahren alles getan, um sich die bestehende Linie in den Reihen der Arbeiterschaft zunutze zu machen. Mit Hohn, Haß, Verleumdungen und Beschimpfungen ist man gegen den ersten Reichspräsidenten, den ehemaligen Sattlergesellen Friedrich Ebert, vorgegangen. Schon der Gedanke, daß das höchste Amt im Staat von einem einfachen Manne aus dem Volke verwaltet wurde, peitschte die Wut bis aufs Höchste. Im Jahre 1920 versuchten dieselben Reaktionäre mit Hilfe des Kapp-Putsch die Republik niederzurufen, um an ihre Stelle das alte monarchistische Regime zu setzen. Nur dem geschlossenen Auftreten der gesamten deutschen Arbeiterschaft gelang es, die wildgewordene Reaktion unschädlich zu machen.

Auch heute noch sind die Gegner des heutigen Staatswesens eifrig am Werk, um die Republik von innen heraus zu zerstören. Nach unserer Reichsverfassung sind vor dem Gesetz alle Deutschen gleich, und Vorrechte der Geburt oder des Standes bestehen nicht mehr. Der Kampf gegen Reaktion und Kastengeist ist darum durchaus verfassungsgemäß und jeder, der in diesem Sinne arbeitet, handelt im Geiste der Verfassung. Die Gleichheit vor dem Gesetz und die Ebenbürtigkeit aller Deutschen, garantiert durch die Reichsverfassung, finden ihre füngemäße Auswertung durch die Bestimmung, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gelehe und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen seien.

Auf diesem Gebiet ist bisher in Deutschland recht wenig geschehen. Der Nachweis der Befähigung und Eignung für einen Staatsposten wird abhängig gemacht von allen möglichen Examen, Berechtigungs-scheinen usw. Was macht es, wenn nach dem Buchstaben der Verfassung alle Staatsbürger das Recht haben auf die freierwerbenden Stellen im Staat, und auf der anderen Seite werden in immer größerem Maßstab Hindernisse aufgebaut, die es dem Sohne aus den niederen Schichten unmöglich machen, in solche Posten hineinzukommen. Treue und Liebe zum Staate, soziales Verständnis, Volksgemeinschaftsgefühl sollten dem Staate mehr wert sein als alle die vorgeschriebenen Examen, die nur nach außen hin den Anschein erwecken, daß alles getan werden soll, um proletarische Mitbewerber abzuhalten. Nach dem

Nicht um Herrschaft ringen wir, nicht um Privilegien. Die Herrschaft als solche wollen wir beseitigen. Wo Herrschaft ist, ist Knechtschaft, und wo Knechtschaft, Ausbeutung. Wir bekämpfen die Herrschaft in jeder Form, die politische und die soziale. Wir erstreben den freien Volksstaat, der, auf den Trümmern der jehigen Klassenherrschaft errichtet, die Harmonie der Interessen zur Wahrheit macht, - die freie Gesellschaft in dem freien Staat, dem Staat, welcher jedem gleichmäßig die Mittel zur harmonischen Ausbildung seiner Fähigkeiten gewährt, und, in Erfüllung des freistatlichen Ideals, „nach dem höchsten Gut trachtet“: nach dem edelsten Kulturstaat. Und wir erstreben die freie Gesellschaft, die an Stelle der unmoralischen, geist- und körpertötenden Lohnarbeit die brüderliche, genossenschaftliche Arbeit setzt, und den Quell aller staatlichen und gesellschaftlichen Übel, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, verstopft.
Wilhelm Liebknecht („Wissen ist Macht“).

bekannt und so entsprang die Weimarer Verfassung, die kaum ein anderes Verfassungswerk, dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes. Diese Mehrheit war keine sozialdemokratische. Die Mitarbeiter bürgerlicher Parteien an der Verfassung hat dieses Werk stark beeinflusst und ihm unentennbar eine besondere Note gegeben und es wird noch manche Anstrengung erfordern, bis alle Einrichtungen der deutschen Republik von wahrhaft demokratischem Geiste erfüllt sind.

Man hat versucht, den freien Gewerkschaften aus ihrer Einstellung zur deutschen Republik einen Vorwurf zu machen. Alle diese Kritiker vergessen, was vorher gewesen ist. Die Republik und die Verfassung bedeuten noch lange nicht die Erfüllung aller Wünsche und Ziele der organisierten Arbeiterschaft. Genosse Peter Grafmann, der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat diesen Kritikern auf dem Verbandsstag in Dresden folgendes

In Offenbach: 112 gültige, 2 ungültige Stimmen. Davon erhielten Buchsch 83, Kreis 13, Schleichinger 1. Die absolute Mehrheit beträgt 57. Gewählt ist Buchsch.

Die Stichwahlen im Ostgau, im Freistaat Sachsen und im Gau Rheinland-Westfalen finden statt in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. August. Die Ergebnisse sind sofort, spätestens bis zum 28. August 1929 bei der Zentrale einzusenden. Der Meldung sind bei-

zufügen: das Wahlprotokoll, die Stimmzettel und die Stimmliste.

Im übrigen gelten für die Stichwahl dieselben Bestimmungen wie bei der Hauptwahl. Siehe Nr. 28 der Verbandszeitung vom 12. Juli 1929. Wir bitten um die genaue Beachtung dieser Verhaltensmaßregeln.

Der Hauptvorstand.
J. A. F. Gerhardt.

Artikel 130 der Verfassung sollen die Beamten Diener der Gesamtheit sein, und deswegen ist es unhaltbar, wenn große und wichtige Teile der Bevölkerung von der Verwaltung des Staates ferngehalten werden. Heute, zehn Jahre seit dem Befehlen der Weimarer Verfassung, müssen wir feststellen, daß selbst in den höheren Staatsstellen staatsfeindliche, ergriffene Elemente vertreten sind, die den heutigen Staat mit allen Mitteln bekämpfen und ihren Einfluß in diesem Sinne auch auf die untergebenen Beamtentreise auszuüben versuchen, so daß beinahe persönlicher Mut dazu gehört, um sich öffentlich als Republikaner zu betonen.

Diejenigen, die sich bisher mit allen Kräften für das Befehlen der Republik eingesetzt haben, fordern Anerkennung der geleisteten Opfer. So wie bisher kann und darf es nicht weiter gehen. Dem Volke ist nicht damit gedient, daß es eine neue Verfassung bekommen hat, es verlangt auch restlose Erfüllung und Durchführung aller Artikel dieser Verfassung. Die Sozialreaktionäre sehen alles daran, um die soziale Neuorientierung zu verhindern. Bei allen großen Lebensfragen, beim Arbeitsschutzgesetz, beim Berufsausbildungsgesetz, bei dem Versuch, die Arbeitslosenversicherung auszubauen, und auf anderen Gebieten stößt die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft auf den heftigsten Widerstand der reaktionären Kräfte.

Die freie Republik kann auf die wertvollen Kräfte der Arbeiter beim Ausbau des Staates nicht verzichten. Deshalb muß der Staat in Zukunft viel mehr tun als bisher, um damit alle die großen Hindernisse, die dem mitverantwortlichen Geistes des Arbeitnehmers am Staate noch entgegenstehen, endgültig zu beseitigen. Bei den Arbeitern schlummert der Wille zur Staatsbejahung trotz aller Kritik, die sie an dem Staat und seinen Einrichtungen ausüben. In ihren Gewerkschaften haben sie gelernt, wie sie am besten mitarbeiten können. In den schwersten Zeiten der jungen Republik haben sie dem Staat ihre gesammelten Kräfte zu seinem Schutz zur Verfügung gestellt. Aufgabe des Staates muß es sein, dafür zu sorgen, daß Staatsform und Inhalt des Staates der Arbeiterschaft als dem wichtigsten Faktor im Wirtschaftsleben gerecht werden.

Gewerkschaften und Arbeitslose.

Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm auf seiner Tagung am 30. und 31. Juli zur Reform der Arbeitslosenversicherung folgende Entschlüsse an:

Der Bundesausschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Befestigung offensichtlicher Mit-

bräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzeswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterfützungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Unerträglich ist die noch weit über hinausgehende Unterfützungsbefchränkung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterfützer zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt hiergegen Protest, da ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit katastrophal zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verfürgung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterfützung läßt sich um so weniger begründen, als hauptsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer entsprechenden Reduzierung der Saisonarbeiterunterfützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Ein schönes Bekenntnis zur Freiheit der Gewerkschaften.

Was die freien Gewerkschaften von allen anderen Gewerkschaften unterscheidet, seien es nun kommunistische, faschistische, christliche oder national-sozialistische, ist ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat und innerhalb des Staates. Es ist diese Freiheit, die ihre Bedeutung, ihren Einfluß und ihre ständige Kraft ausmacht.

In einem Beitragsartikel von „Arbeit und Wirtschaft“, dem Organ des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, gibt Viktor Stein die folgenden Wesensmerkmale der Gewer-

schafsbewegung in besonders schöner und eindringlicher Weise wie folgt Ausdruck:

„Das ist der Schlüssel zu dem scheinbaren Geheimnis der ungeheuren Durchschlagskraft und ungeahnten Anziehungskraft der proletarischen Gewerkschaften gegenüber der Unternehmerschaft und auf die breiten Massen der arbeitenden Menschen, daß sie so ganz und gar dem tragisch-stolzen Denken der Arbeiter angepaßt sind. Wir wollen nicht bescheiden, wir wollen nicht bedröckelt sein! Frei in unserer traurigen Abhängigkeit, stolz in unserer gesellschaftlichen und betriebsorganisatorischen Degradierung: das war seit je der Wunsch des fortgeschrittenen Teiles der Arbeiter, das war das Ziel, das sie ihrer Erziehungsarbeit an ihren Arbeitstameraden gesetzt haben. Und jeder, der einmal in die freie Gewerkschaft eintrat — frei nennt sie sich, weil sie einem freien Entschluß entsprungen ist, frei nennt sie sich, weil sie sich in ihren Entschlüssen und Unternehmungen frei wissen will, frei weiß von jeder wie immer gestarteten Einschränkung der Unternehmer und ihrer Handlanger, der Regierungen und der Bureaucratie, frei, wie es der einzelne Arbeiter sein will und sein kann in dieser Welt der zahllosen Bindungen und Hemmungen — jeder also, der einmal in die freie Gewerkschaft eintrat, gewann sofort den Eindruck, daß er da das Instrument, die Methode, die Kraft und das Ziel gefunden hat, all das Furchtbare, Enge, Entsetzliche, Beklemmende zu bekämpfen, was ihm in der Werkstätte, auf der Gasse, im privaten und Berufsleben begegnet. Freie Gewerkschaft: das war sein Kamerad, das waren und sind alle seine Berufsgenossen; freie Gewerkschaft: das ist eine der Ausprägungen seines Annerkens, seines eigenen Beweises. Diese Beweiseinheit: Arbeiter und Gewerkschaft, ist der Boden, dem alle unsere Erfolge entsprechen, und der Erfolg ist auch der beste, wirkungsvollste Agitator.“

Der Lebgehuch.

In einen Konditorladen in Leipzig kommt ein junger Mann. „Hab'n se Lebgehuchen?“ — „Jawoll.“ — „Hab'n se och solche mit Dschirft?“ — „Jawoll.“ — „Hab'n se och enen mit Adolph?“ — „Ne.“ — „Genn'n se mer enen machen?“ — „Jawoll.“ — „Bis wenn d'n?“ — „Bis morgen.“ — „Nu, machen se mer enen.“

Nächster Tag: „Nu, hab'n se mer enen gemacht?“ — „Jawoll.“ — „Bring'n se mern.“ — „Da, aber da steht Adolf mit 'f', ich schreibe mich mit 'ph'. Genn'n se mer enen mit 'ph' machen?“ — „Jawoll.“ — „Bis wenn d'n?“ — „Bis morgen.“ — „Gut, ich komme morgen wieder.“

Dritter Tag: „Nu, hab'n se mer den richtig'en gemacht?“ — „Jawoll.“ (Bringt ihn.) „Ei ja, der is richtig. Was göst er dem?“ — „Gene Mark. Sull ich'n einwickeln?“ — „Ach nee, ich ess'n gleich.“ (Abend.)

Einiges aus der Geschichte unserer Nahrungsmittel.

Schlägt man in wissenschaftlichen Werken nach, um sich über die Geschichte unserer hauptsächlichsten Nahrungsmittel ein ungefähres Bild zu machen, oder befragt man den Historiker nach diesen Dingen, so ist man erstaunt über die unendliche, interessante Fülle des Materials. Das Wichtigste soll in nachstehenden kurzen Zeilen zusammengefaßt werden, um dem Leser einen kleinen Einblick in das Gebiet der Geschichte der „kulinarischen Genüsse“ zu verschaffen.

Wer sich heutzutage an schönen Speisen labt, denkt wohl kaum daran, daß der größte Teil unserer vielfältigen Nahrungsmittel unseren Vorfahren noch völlig unbekannt war und nur wenig zu den ursprünglich bei uns heimischen Dingen gehört.

Die alten Germanen, unsere Urväter, nährten sich wohl hauptsächlich von Fleischn, von den Ertragnissen der Jagd, der sie mit Vorliebe huldigten, in zweiter Linie von Früchten unserer heimischen, hier und da noch wild wachsenden Obstbäume, wie Birne, Apfel, Pflaume, verschiedener Beerenarten und esslicher Gemüsesorten. Roggen und Weizen waren ihnen noch unbekannt, ihr Brot bereiteten sie sich aus Hirse, wohl die älteste angebaute Brotfrucht, die auch in unserm Zeitalter noch von den Völkern Afrikas zu Brot und auch zur Biergewinnung (Hirsebier) kultiviert wird. Als die Römer bei der Eroberung Ägyptens den Weizen fanden, den die Pharaonen anbauen ließen, nahmen sie ihn in ihre Heimat mit, und von hier aus gelangte er während der Unterwerfung Germaniens auch zu unsern Vorfahren, wo er die Hirse so ziemlich verdrängte. Die Änkte kennt den Roggen nicht, auch bei uns wurde er zur Zeit der großen Völkerwanderung von den nach Westen vordringenden slawischen Völkern, die ihn schon lange kannten und schätzten, eingeführt.

Die Hauptkörnerfrucht Ostens und der subtropischen Gebiete und auch ihre Hauptnahrung, der Reis, der in Indien und China schon mehrere tausend Jahre vor Christi Geburt angebaut wurde, kam erst sehr spät nach Europa und unserm Lande. Als bei uns zu den heiligen Kriegen gerüstet wurde, als unsere Kreuzfahrer zum heiligen Lande zogen, lernten sie viele neue Nahrungs- und Genussmittel kennen, die sie in ihre Heimat mit zurücknahmen, so den Rohrzucker, während die Entdeckung der Zuckergewinnung aus Rüben erst viel später durch Markgraf gemacht wurde. Heute hat der Rohrzucker den Rohrzucker fast vollständig verdrängt und nur in den Tropen wird hauptsächlich noch Rohrzucker gewonnen. Aber auch noch verschiedene, heute unentbehrlich gewordene Gewürze, wie Pfeffer, Zimt, Nelken, Kardamon, Ingwer, brachten sie mit, ferner Zitronen und Apfelsinen. So fand diese Feldzüge doch nicht ganz vergebens gewesen, zumal auf ihr Konto auch noch die Einführung des geschätzten Buchweizens zu setzen ist.

Als Kolumbus Amerika entdeckte und Cortez und Pizarro das heutige Mexiko und Südamerika eroberten und eine ehemals blühende Kultur zerstörten, brachten sie außer Schiffsladungen von Gold eine Menge neuer Nahrungsmittel und Gewürze mit nach Spanien, von wo sie weiter nach dem übrigen Europa gelangten. Diese Epoche brachte die Kartoffel, die heute ein Hauptnahrungsmittel und geradezu unentbehrlich geworden ist wegen ihres Wohlgeschmacks, ihrer Billigkeit und ihres Nährwertes. Es dauerte jedoch recht lange, bevor sie als Nahrungsmittel erkannt und geschätzt wurde, über 100 Jahre mußten vergehen. Aber noch mehr brachten die Eroberer des Vitenreiches in Mexiko mit, so vor allem den Kaffee, den Mais und die beliebte Gartenfrucht, den Kürbis. Ungefähr zur selben Zeit wurde der Kaffee bekannt, der über Konstantinopel aus Arabien zu uns kam, und auch der Tee, der aus China eingeführt wurde. Auch der Rhabarber stammt aus China, wobei zu bemerken ist, daß es

sich um den Rhabarber handelt, aus dem die allbekannte Rhabarbergrühe gemacht wird, nicht um den medizinischen Rhabarber, der sowohl im Mittelalter wie heute noch als Burgiermittel sehr geschätzt wird, der jedoch nur in China gedeiht.

Es ließen sich noch verschiedene mehr oder minder wichtige Nahrungsmittel und ihre Geschichte hier anführen, aber dies würde zu weit führen, was daher das obengesagte genügen, um dem Leser in kurzen Umrissen, die keineswegs erschöpfend sind und fern sollen, den Ursprung der Nahrungsmittel zu erklären, die er fast täglich zu sich nimmt — und ohne die er sich das Leben fast nicht vorstellen kann; trotzdem haben unsere Vorfahren auch ohne diese Dinge gelebt und wir während des Weltkrieges teilweise auch, aber sie trotzdem recht schmerzlich vermissen. Aus „Deutsche Hotelnachrichten“. P. R.

Ach, wir Armen!

„Ach, wir Armen!“ so spricht das Gretchen des Volkes im „Faust“. Nur drei Worte läßt Goethe da sprechen, doch drei Worte, die wichtiger als Rände sind.

Ach, wir Armen! Sahst du noch nicht, wenn es auch dir vielleicht gut ging, die Familie des Nachbarn? In der der Vater keine Arbeit hat? In der er gestorben? In der die Frau schaffit und leidet und sorgt?

Sahst du noch nie, wenn es dir selber auch gut ging, das bleiche Kind auf der Straße? Nicht es dich noch nie mit seinen hohlen Augen an?

Gingst du noch nie durch Gassen, in denen Menschen im Zwielicht haufen? Sahst du noch nie den ausgemergelten Leib, der da schaffte und schaffte und schaffte — wofür? —

Mache dein Herz frei, wenn du die Welt betrachtest! Laß deine Seele durchströmen deinen Blick! Sieh mit dem gültigen Auge des Dichters, eines Menschen! Und: ach, wir Armen! schreit es allerorts und immer wieder schmerzlich in dein Herz. Dr. G. S.

Begriff der Rationalisierung und Schutz gegen die Rationalisierung.

(IGB.) Von verschiedenen Seiten ist in letzter Zeit wieder versucht worden, den Begriff der Rationalisierung festzulegen, d. h. genau zu umschreiben, was man nun eigentlich unter Rationalisierung zu verstehen hat. Trotzdem diese Versuche zum Teil sehr ernst gemeint waren und gar nicht unglücklich ausgefallen sind, hat sich bis jetzt doch keine Umschreibung einzubürgern vermocht. Die Diskussion nimmt ihren Fortgang! Der eine verlegt sich darauf, die rein technische Seite der Rationalisierung in eine Formel zu fassen, der andere bringt über das rein Betriebstechnische hinaus das Tempo und die Form der ganzen Wirtschaft mit der Rationalisierung in Zusammenhang, der dritte ist lediglich befreit, den Unterschied oder auch das Fehlen jeglichen Unterschiedes zwischen wissenschaftlicher Betriebsführung und Rationalisierung darzulegen. — Alle diese Arbeiten zeigen, daß wir uns mitten in einer Entwicklung befinden und daß es deshalb vorläufig gar keinen Wert hat, Begriffe festzulegen. Wenn diese Sachverständige, so besonders außerhalb Deutschlands, sogar heute noch eine heftige Abneigung gegen das bloße Wort „Rationalisierung“ empfinden, so kommt dies ohne Zweifel daher, daß sich eben auch hier wieder einmal ein Wort eingestellt hat, bevor man sich über die Sache selber einen klaren Begriff zu machen wußte.

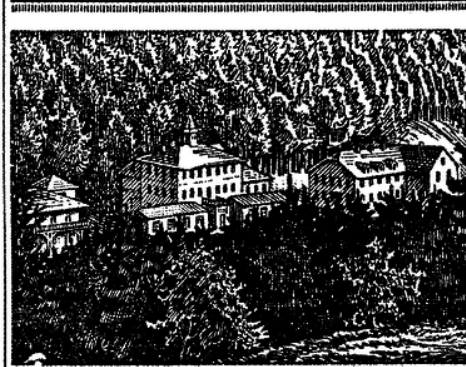
Das einzige, was sicher und für die Gewerkschaften sogar ein wichtiges Gebot der Stunde ist, lautet dahin, daß sich die Arbeiterorganisationen mit den — je nach Ort und Umständen verschiedenen — sichtbaren Folgen der Rationalisierung zu befassen und die Arbeiterschaft gegen sie zu schützen haben. Diese Auffassung liegt auch den Abschnitten des Wirtschaftsprogramms des IGB. über die Rationalisierung zugrunde. Ueber die Rationalisierung selber wird kaum gesprochen, hingegen gibt es in diesem Programm einen Artikel „Sicherungen gegen Mißbrauch der Rationalisierung“, in dem wohl in Kürze ein oppositioneller Standpunkt der Gewerkschaften gegen die Rationalisierung abgelehnt, andererseits aber vor allem sehr ausführlich gesagt wird, von welchen Bedingungen die Gewerkschaften die Beziehung der Rationalisierung in der Praxis abhängig machen.

Diese beiden Seiten des Problems geben natürlich Anlaß zu gegenläufigen Einstellungen. Denn da von den Gewerkschaften an die Rationalisierung bestimmte Bedingungen geknüpft werden, wird sich da und dort, wo diese Bedingungen schlecht oder gar nicht erfüllt werden, eine Opposition gegen die Rationalisierung geltend machen, die leicht wie eine Stellungnahme gegen die Rationalisierung überhaupt aussehen kann. Solche scheinbaren Widersprüche finden sich zum Beispiel in einem so ernsten Werk, wie es das vom Bund der Industriearbeiter Österreichs herausgegebene vorzügliche Buch „Grundlagen und Richtlinien gewerkschaftlicher Rationalisierungspolitik“ ist. In diesem Buch heißt es zum Beispiel an einer Stelle: „Die Rationalisierungsbewegung, so wie sie die Arbeitnehmer verstehen, hat zur Aufgabe, den Rationalisierungsgeist und -willen unter allen Produktionsbedingungen zu begründen, zu erhalten und zu fördern.“ Einerseits wird an vielen Stellen das gewerkschaftliche Interesse an der Rationalisierung der Gesamtwirtschaft und der Einzelwirtschaft eingehend begründet, andererseits aber ebenso energisch auf die „Kampfweltung“ der Gewerkschaften gegenüber der Rationalisierung und die unbedingt notwendigen einschränkenden Maßnahmen gegenüber einer in Tempo und Auswirkung übertriebenen Rationalisierung aufmerksam gemacht: „Drosselung des Tempos und des Ausmaßes der arbeitssparenden kapitalistischen Rationalisierung in einer Gruppe von Betrieben, Beschränkung der Aufgabe der Gewerkschaften in den anderen Betrieben auf eine schadenberaubende Kontrolle der technischen und organisatorischen kapitalistischen Rationalisierung“ usw.

S. Schwarz, der in der „Gewerkschafts-Zeitung“ dem besagten Buche eine eingehende Besprechung widmet, glaubt, daß es sich hier direkt um zwei verschiedene Auffassungen handelt. Er führt in diesem Sinne u. a. aus: „Es sind hier offensichtlich zwei Auffassungen vertreten, die einander nahezu entgegengesetzt sind. Wir hätten uns weder die eine, noch die andere voll zu eigen machen können. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der wir leben und wirken, kann es in der Regel, soweit nicht gemeinwirtschaftliche Unternehmungen in Frage kommen, nicht die nachliegende Aufgabe der Gewerkschaften sein, den Rationalisierungsgeist und -willen bei den Arbeitern zu begründen, zu erhalten und zu fördern, ebenso wie es nicht Aufgabe der Arbeiterschaft ist, den „Geist und Willen“ zur Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft (Vertrufung usw.) zu fördern, mag auch diese Entwicklung einen nicht zu bezweifelnden wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Die Aufgabe der „gewerkschaftlichen Rationalisierungspolitik“ ist vielmehr die, den reaktionären und utopischen Charakter

des — stimmungsgemäß oft gegebenen — Widerstandes mancher Teile der Arbeiterschaft gegen die Rationalisierung nachzuweisen und es der Arbeiterschaft zu erleichtern, auf dem Boden dieser Entwicklung ihre Interessen zu wahren, sowie die durch den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt möglich gewordene Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse durch die Führung des Lohnkampfes zu verwirklichen. Erst wenn diese grundsätzlich positive Einstellung zur Rationalisierung klar umschrieben ist, läßt sich die der Rationalisierung grundsätzlich feindliche Haltung, die in der zweiten in dem Buche vertretenen Auffassung zum Ausdruck gekommen ist, mit Erfolg bekämpfen.“

Die oben dargelegten Widersprüche werden sich wohl so lange geltend machen, als sich die Arbeiterschaft gegen die Mißbräuche der Rationalisierung zu wehren haben wird. Ihre Stellungnahme gegen diese Mißbräuche wird allzeit mehr oder weniger den Anschein einer Stellungnahme gegen die Ra-



Im sonnigen Herbst nach dem Erzgebirge!

Ferienheim im Ripsdorf (ehem. Kurhaus-hotel Fürstehof) im Ostergebirge am Ausgange der bekannten Sommerfrische Ripsdorf, 60 Zimmer, 100 Betten, fließendes warmes und kaltes Wasser im Zimmer, Bäder, elektrisches Licht, Zentralheizung, beste Ausstattung, Liegehalle, 600 Meter Seehöhe, herrliche Waldungen, schöne Ausflüge in das sächsische und böhmische Ost-Erzgebirge (Zinnwald, Altenberg-Geising, Deutsch-Einsiedel usw.). Weiteres Ziel: Sächsische Schweiz, Ab 1. September verbilligte Preise! Auskunft und Prospekte: Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ e. G. m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4; Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4.

tionalisierung selber haben. Wenn man sich jedoch der Ursache dieses Widerpruches bewußt ist, braucht man sich auch nicht darüber aufzuhalten.

Daß solche Widersprüche nicht nur in Oesterreich oder Deutschland vorkommen, zeigt ein Artikel im Pariser „Peuple“, in dem sich Marty-Rollan mit dem gleichen Problem befaßt. Auch in diesem Artikel finden sich Sätze, in denen einerseits Ja und andererseits Nein gesagt wird. „Die Arbeiter sollen, so heißt es zum Beispiel, nicht vergessen, daß die Rationalisierung nur „der neue Aspekt des sozialen Fortschrittes ist“. „Es hat keinen Wert, sich dagegen zu wehren.“ Ebenso entschieden heißt es aber an einer anderen Stelle: „Die Gewerkschaften sollen auf dem Gebiete der Rationalisierung wachsam sein und sie, wenn nötig, bekämpfen, ganz wie sie es bei der Industrialisierung getan haben.“

Marty-Rollan fügt jedoch in diesem Zusammenhang ganz richtig bei, daß es im Falle der Opposition nicht gegen die Rationalisierung, sondern gegen eine unzulässige „Karikatur der Rationalisierung“ gehe.

Ob die Rationalisierung von den Gewerkschaften im Einzelfalle gefördert oder ob ihr gegenüber eine Kampfstellung eingenommen wird, hängt allein und ausschließlich davon ab, ob die Unternehmer eine Rationalisierung oder eine Pseudorationalisierung durchzuführen beabsichtigen.

Deshalb fordert auch das Wirtschaftsprogramm des IGB. die Gewerkschaften einerseits auf, die planmäßige Entwicklung der Industrie, ihre rationelle Zusammenfassung in größere Einheiten, ihre finanzielle Reorganisation und die Ersetzung älterer Maschinen und Methoden durch neue Anlagen und technische Methoden zu „fördern“ und andererseits die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Arbeiter zu treffen. Auf letzterem Gebiete verlangt er: Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen, planmäßige Ueberführung der durch die Rationalisierung frei werdenden Arbeiter in andere Industriezweige. Falls dies nicht möglich ist oder sich diese Maßnahmen verzögern: zeitlich unbegrenzte Arbeitslosenunterstützung. Bei der Durchführung der Rationalisierung sollen ferner

die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter geschützt und den Arbeitern soll durch folgende Mittel und unter Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit ein gerechter Anteil der erzielten Vorteile zugute kommen: Herabsetzung der Verkaufspreise, Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit (Ferien einbegriffen).

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Brandenburg, Havel. Am 24. Juli fand im Volkshaus die Gründung einer Jugendgruppe statt. 15 junge Kollegen waren unserem Rufe gefolgt. Der Vorsitzende, Kollege Rosenmüller, hielt die Begrüßungsansprache und dankte den jungen Kollegen für ihr Erscheinen. Es war uns eine Freude, mitanzusehen, wie eifrig die Jugend bei der Sache war. Mancher älterer Kollege konnte sich ein Beispiel daran nehmen. Möge unsere Jugendgruppe zum Wohle unserer Ortsverwaltung und zum Segen des Verbandes wachsen und gedeihen. Unser Kollege Paul Behmann richtete noch einige freundliche Worte an die Jugend. Wir wollen versuchen, unserer Jugend die Grundlage des Sozialismus zu erklären, und sie auch in diesem Sinne erziehen. Als Jugendführer hat sich der Kollege Gersdorf bereitgefunden, diesen Posten zu übernehmen. Mit dem Wunsch des Vorsitzenden, treu zur Sache zu halten und zu versuchen, noch mehr junge Kollegen zu gewinnen, schloß die erste Gründungsversammlung. F r a n z B e r g.

Bezirkskonferenz in Magdeburg.

Die Magdeburger Ortsverwaltung hatte Mühe und Arbeit nicht gescheut, um bei den am Samstag bereits anwesenden Delegierten keine Langeweile aufkommen zu lassen. Musikalische Darbietungen wetteiferten mit Vortragstüftlern auf humoristischem Gebiet. So trug schon der Vorabend der Bezirkskonferenz dazu bei, die Kollegen einander näherzubringen, außerdem war die Möglichkeit gegeben, sich über manche Angelegenheiten zu verständigen, wozu in der Bezirkskonferenz keine Zeit zur Verfügung stand. Eingeleitet wurde die Konferenz durch eine mit Geschick vortragene wirkungsvolle Rezitation (welche den Wert der Organisation hervorhob), sowie durch ein paar klassische Musikstücke. Der Vorsitzende, Kollege Bauer, hieß die Delegierten auf das herzlichste willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz fruchtbringende Arbeit leisten möge. Kollege Binder-Zeig wurde zum Schriftführer gewählt. Vertreter auf der Konferenz waren die Orte: Bernburg, Köthen, Dessau, Halberstadt, Halle, Magdeburg, Nordhausen, Stendal, Weißenfels, Zeitz. Kollege Busch ging in seinem Referat auf all das ein, was auf dem Verbandstag behandelt wurde. Da der Referent am Tage, wo die Einführung der Invalidenunterstützung zur Debatte stand, durch Lohnverhandlungen verhindert war, gab zur Ergänzung des Referats der Kollege Nicolai-Magdeburg kurzen Aufschluß. Der Referent ging u. a. auf die schlechte Wirtschaftslage ein, die besonders unseren Verband schwer getroffen hat. Nicht unerwähnt blieb die im großen Maßstabe vorgeschrittene und noch nicht abgeschlossene Rationalisierung, deren Auswirkung doch nur auf Kosten der schaffenden Bevölkerung geht. Das schlechteste Geschäftsjahr für uns war 1926, wo zwei Drittel unserer Mitglieder arbeitslos oder Kurzarbeiter waren. Das Referat des Kollegen Busch löste wenig Aussprache aus, da keine wesentliche Kritik geübt wurde.

Die Magdeburger Kollegen legten den Hauptwert darauf, einmal alle in Frage kommenden Ortsgruppen, welche dem Bezirk angehören, endgültig festzulegen. Kollege Busch nahm zu der Angelegenheit Stellung und führte alle zum Bezirk gehörigen Ortsverwaltungen an. Köthen, Bernburg, Dessau, Halberstadt, Halle, Magdeburg, Stendal, Weißenfels, Zeitz und Bernburg. Zum Bezirksleiter wurde Kollege Grün-Magdeburg gewählt. Als nächster Tagungsort wurde Köthen in Vorschlag gebracht und gewählt. In der Debatte wurden die Spesen der Delegierten geregelt. Im Berichtsbereich ging Kollege Krehahn-Halle auf den Wahlmodus der Ortsgruppe Halle bei der letzten Wahl der Delegierten zum Verbandstag ein. Kollege Lindner-Zeig äußerte sich in seinen Ausführungen dahingehend, daß doch in erster Linie der Grundsat der Ehrlichkeit nicht verlassen werden dürfte. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Bezirkskonferenz ihren Abschluß.

In der Mittagspause wurde eine photographische Aufnahme der Delegierten sowie der anwesenden Gäste unter dem Wahrzeichen der alten Fahne des Tapezierervereins von Magdeburg gemacht. Die anwesenden Damen der auswärtigen Kollegen fanden Gelegenheit, unter Führung von Magdeburger Kollegen, welche sich bereitwillig zur Verfügung stellten, die Magdeburger Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen. Binder-Zeig

Aus der Gewerkschaftsbewegung

August Brey 65 Jahre. Am 1. August 1929 vollendete der Zentralvorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter, August Brey, sein 65. Lebensjahr. Ein ungemein arbeitsreiches Leben hat Brey hinter sich. Dies äußerte sich in leidenschaftlicher Anteilnahme an der gewerkschaftlichen wie auch politischen Betätigung. Brey stand an der Spitze des Fabrikarbeiterverbandes, und die alten Mitglieder dieses Verbandes wissen nur zu gut, was es in den achtziger und neunziger Jahren hieß, an erster Stelle in der Arbeiterbewegung zu wirken. August Brey ist seit 1890 Vorsitzender des von ihm geschaffenen Verbandes. Er war nie ein Draufgänger, sondern stets der bedächtige, abwägende Praktiker, der verantwortungsbewußt und die Tatsachen würdigend und abwägend seine Entschlüsse faßte. Auch politisch ist Brey seit frühester Jugend tätig und seit 1907 Mitglied des Reichstags. Möge das Geburtstagskind in der gleichen körperlichen und geistigen Frische wie früher noch recht lange für die Arbeiterbewegung wirken. Dies wünscht mit den Fabrikarbeitern die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Verschmelzung mit dem Verkehrsband. Die Beiräte des Deutschen Verkehrsbandes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter haben einstimmig die Verschmelzung zu einer Einheitsorganisation beschlossen, nachdem die Vorstände schon seit längerer Zeit im allgemeinen in der Verschmelzungsfrage einig waren. Die endgültige Entscheidung fällt auf dem für den 20. September einberufenen gemeinsamen Verbandstag, dem die einzelnen Tagungen der drei Organisationen unmittelbar vorangehen. Der Einigungsverbandstag findet in Berlin statt. Die neue Einheitsorganisation wird rund 700 000 Mitglieder umfassen und nach dem Deutschen Metallarbeiterverband die größte freigewerkschaftliche Organisation Deutschlands sein.

Rundschau

Gummi-Zement-Fußböden. In Holland ist ein neues Verfahren patentiert worden, das in zweckmäßiger Weise Gummi und Zement miteinander verbindet. Die Masse wird zusammen vulkanisiert. Für die Kautschutmasse wird ein größerer Schwefelüberschuß verwendet, als er zur Bildung von Hartgummi notwendig ist. Es bildet sich ein Polyisid, das den Gummi fest mit dem Zement verbindet. Der Zement kann Mineralfeinern, Kotosfeinern, Zure, Sialhanf, Baumwolle, Holzmehl, Asbest usw. enthalten und aus Schichten von Filz oder Gewebe bestehen, die mit Zement durchdränkt werden. Die Gummi-schicht besteht entweder ganz aus Hartgummi oder aus Hartgummi als Innen- und Weichgummi als Außenschicht. Als Beispiel kann gelten: Man überzieht eine etwa 10 Millimeter starke Zementlage, die aus gleichen Teilen Zement und anderen Faserstoffen besteht, mit einer 2 Millimeter starken Hartgummi-schicht und mit einer 3 Millimeter starken Weichgummi-schicht. Die Hartgummi-schicht besteht aus 30 Teilen Kautschuk, 30 Teilen Kalk, Portlandzement und dergleichen Füllstoff und 40 Teilen Schwefel. Das ganze wird dann zu den erwähnten Belägen vulkanisiert, die sich in der Praxis durch große Haltbarkeit und kaum sichtbare Abnutzung bewähren.

Edward Brodhaus, der Entel des Begründers der weltbekanntesten Buchhändlerfirma F. A. Brodhaus, wurde vor hundert Jahren — am 7. August 1829 — geboren. Seiner Umlicht, hohen Bildung und Tatkraft ist es nicht zum wenigsten zu verdanken, wenn das von seinem Großvater zuerst vollendete Werk, das „Konversationslexikon“, stetig ausgebaut wurde und in Deutschland wie in allen deutsch verstandenen Kulturländern, sich zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für alle Wissensdurstigen entwickelt hat. Der „Brodhaus“, wie er schlechtweg wohl allgemein genannt wird, tritt zurzeit übrigens in zwanzigster, völlig neu bearbeiteter Auflage vor seine Freunde.

Der Haushalt einer amerikanischen Arbeiterfamilie. Die Wohlfahrtsvereine im Staat Nebraska in den Vereinigten Staaten berechneten die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit 112,46 Dollar = 472,50 Mt., wobei für Bücher und Zeitungen und für Erholung und Urlaubzeit keine Ausgaben in Anrechnung gebracht wurden. Ein Stundenlohn von 50 Cent = 2,10 Mt. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden würde nicht ausreichen, die für die Lebenshaltung einer Familie erforderlichen Einkünfte zu verschaffen. Die Löhne bleiben jedoch erheblich in diesem Staat im Durchschnitt unter 50 Cent. Aufschlußreich für die amerikanischen Lebensverhältnisse ist der Anteil der einzelnen Ausgaben an den Gesamtausgaben im Haushalt einer Arbeiterfamilie. Die Ernährungskosten nehmen 38,2 Proz. der Gesamtausgaben in Anspruch, einen erheblich geringeren Prozentsatz als

Fachlehrbücher.

A. Für Sattler.

- Der Sattler als Zuschneider (Morgenstern) . . . 5,—
- Das Lederfärben 2,—
- Der Wagenlädierer 1,—
- Geschirre und Sättel aller Arbeitstiere . . . 4,—
- Der Sattlerlehrling. Mit 84 Tegtabbildungen. Geb. 1,50
- Lehrbuch für Koffer-, Sattler- und Täschner. Mit Originalschnittmustern 12,50
- Einoleumlegen. Mit 165 Abbildungen. Geb. . . 6,—
- Der Treibriemensattler (Floh) 7,50
- Der Sattler als Wagen- und Autogarnierer. Von Paul Reibetahl. Zweite, erweiterte Auflage mit 260 Abbildungen und vielen Kalkulationen. Oktavformat 12,—

B. Für Tapezierer.

- Die Anfertigung der Auflegenmatrizen 2,—
- Das technisch-praktische Polstern (Engelhardt) . 8,—
- Die Fleckenreinigung 1,—
- Der Tapeziererlehrling. Mit 69 Abbildungen. Geb. 1,50
- Der Tapezierer. Mit Atlas. Geb. 16,—, brosch. 12,—
- Zuschneide- und Anfertigung von Dekorationen (A. Neckermann). Elegant gebunden . . . 20,—

C. Für Portefeullier.

- Rechenbuch für den Portefeullier und Galanterieladler an Berufs- und Fachschul-Klassen, 1. Teil, geheftet 1,20
- Desgleichen, 2. Teil, geheftet 2,—
- Bestellungen bei Bruno Engel, Berlin SO. 16, Reichardtstr. 14 11.

Um unnötige Postkosten zu ersparen, eruchen wir bei kleineren Objekten um vorherige Einsendung des Betrages.

in den europäischen Industrieländern, da die Lebensmittel in den Vereinigten Staaten, einem Agrarland, verhältnismäßig billig sind. Der Anteil der Miete und der Bekleidung beträgt je 17 Proz. Die Kosten für Heizung veranschlagen 6,35 Proz., für Haushaltsartikel 3,40 Proz., Reinigung 1,05 Proz., Verkehr 2,55 Proz., Licht 1,25 Proz., Erziehung 0,65 Proz., Versicherung 5,10 Proz., ärztliche Behandlung 4,25 Proz. der Gesamtausgaben.

Schlechte Konjunktur — erhöhte Einkommen der Reichen. Die Reichsstatistik über die Einkommensverteilung ist kürzlich für das Jahr 1926 erschienen. Neuere Ergebnisse liegen noch nicht vor. Diese Statistik enthält eine aufschlußreiche Darstellung der Einkommensverteilung in Deutschland. Von sämtlichen Steuerpflichtigen, deren Zahl 1926 3 763 426 betrug, hatten 45,61 Proz. ein Einkommen unter 1500 Mt., 29,2 Proz. 1500 bis 3000 Mt., 11,6 Proz. 3000 bis 5000 Mt., 5,4 Proz. 5000 bis 8000 Mt., 5,6 Proz. 8000 bis 16 000 Mt., 2,23 Proz. 16 000 bis 50 000 Mt., 0,25 Proz. 50 000 bis 100 000 Mt., 0,10 Proz. über 100 000 Mt. Aus dem Vergleich der Einkommensverteilung in den Jahren 1925 und 1926 geht hervor, daß die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 50 000 Mt. von 12 425 auf 13 224 stieg. Auch die Summe ihrer Einkommen stieg von 1276 auf 1425 Millionen Mark. Das Jahr 1926 war aber ein Jahr schärferer Wirtschaftskrise mit niedrigen Umsätzen und einem außerordentlichen Rückgang der Einfuhr. Dennoch konnten die Einkommen der Reichen in diesem Jahr noch gesteigert werden. Es soll noch hervorgehoben werden, daß die Statistik sich allein auf die steuerpflichtigen Personen erstreckt, während die Körperschaften, über deren Einkommen und Steuerbelastung eine besondere Statistik angefertigt ist, nicht darin enthalten sind.

Zentralrentenkasse der Sattler, Portefeullier und Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

Wir machen unsere Mitglieder hierdurch darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung die regelmäßigen Zahlabende unserer Kasse

vom Freitag, dem 16. August ab

nicht mehr am Sonnabend, sondern immer am Freitagabend stattfinden.

Die Annahme von Beiträgen, ebenso die Auszahlung des Krankengeldes findet vom genannten Tage ab im Kassenlokal Restaurant Gutthardt, Dresdener Straße 80, in den Kassenstunden von 5 bis 7 Uhr statt.

In der Zahlstelle Restaurant Greulich, Gartenstraße 46, werden die Beiträge Freitags abends von 7 bis 8½ Uhr entgegengenommen.

Wir bitten unsere Mitglieder, diese Änderungen zu beachten. Die Ortsverwaltung.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 5. August bis 11. August ist der 32. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung, Ortsverwaltungen!

Am 17. Juni ist den Ortsverwaltungen ein Rundschreiben zugegangen, in welchem sie aufgefordert wurden, ihre Lokalkassenbeiträge für die neuen Marken anzugeben. Es wurde auch mitgeteilt, welche Höchstlokkassenbeiträge allgemein bewilligt werden, und wer glaubt, mit diesen nicht auszukommen, hat einen Antrag mit Begründung an die Hauptverwaltung zu richten. Am die Marken rechtzeitig fertigstellen zu können, wurde gebeten, bis Ende Juli dem nachzukommen. Leider haben bisher nur ein Drittel der Verwaltungen ihre Anträge eingereicht, und wir müssen dringend bitten, um keine Verzögerung eintreten zu lassen, daß die noch ausstehenden Verwaltungen bis zum 15. August 1929 ihre Lokalkassenbeiträge bei der Hauptverwaltung anmelden.

Achtung!

Ortsverwaltungen und reisende Mitglieder!

Bei der Hauptverwaltung sind Klagen eingelaufen, daß sich ein großer Teil reisender Mitglieder nicht im Besitze von Kontrollkarten befindet, wodurch das Mitglied nicht in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit nachzuweisen. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß jedes auf Reise gehende Mitglied die Pflicht hat, sich bei seiner bisherigen Ortsverwaltung abzumelden und seine Beiträge bis zum Tage der Abmeldung in Ordnung zu bringen. Der Ortsverwalter hat die Verpflichtung, dem Mitglied in sein Mitgliedsbuch Karte den Tag der Abmeldung einzutragen und ihm eine Kontrollkarte auszustellen. Diese Kontrollkarte ist von jeder Verwaltungsstelle, welche das Mitglied aufsucht, unter Angabe des Datums abzustempeln, denn nur auf Grund dieser Kontrollkarte kann die Arbeitslosigkeit des reisenden Mitgliedes anerkannt werden. Für ausgereiserte Reisende sind für die nachweisbare Arbeitslosigkeit Erwerbslosenmarken zu kleben. Für die noch bezugsberechtigten Mitglieder sind Beiträge zu leisten, die von den einzelnen Ortsverwaltungen bei der Auszahlung von Unterstützung zu kleben sind und von dem Unterstützungsbetrag abgezogen werden müssen.

Dortmund. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnte der Kollege Karl Mielke, eingetreten am 16. August 1904, zurückblicken.

Dortmund. Achtung, Durchreisende! Durchreisende Kollegen melden sich dem Vorsitzenden, Kollegen Borgmann, Dortmund, Kieflstr. 11.

Veranstaltungskalender

Halle a. d. S. Sonnabend, den 10. August, abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44.

Halle a. d. S. Sonnabend, den 17. August, Berggärten in der Rakete, Kleine Klausstr. 7. Infolge des geringen Eintrittsgeldes ist allen Kollegen Gelegenheit geboten, die Gesselligkeit zu pflegen. Anfang 19 Uhr.

Lübeck. Unsere für den 9. August angelegte Mitgliederversammlung fällt aus. Nächste Versammlung am 13. September d. J.

Der Vergnügungsausschuß.

Adressenänderungen

Rostock. Vorj.: Herm. Köhn, Borwinstr. 37.
Halle/Saale. Vorj.: Franz Flach, Georgstr. 14

Sterbefall

Bielefeld. Am 21. Juli starb unser Mitglied, der Treibriemensattler Georg Büfner, im Alter von 45 Jahren.

Stuttgart. Am 22. Juli schied der Kollege Konrad Mayer, Sattler, im Alter von 53 Jahren freiwillig aus dem Leben. Mayer war ein ehrliches, regles und tätiges Mitglied. Seine Verwandtschaft reichte nicht aus, den unliebsamen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu trotzen.

Ehre ihrem Andenken!